

Neuer Drohbrief nach Knüppel-Angriff auf Bürgermeister

OERSDORF Der Täter hat die Knüppel-Attacke auf den Bürgermeister von Oersdorf (Kreis Segeberg) in Drohbriefen angekündigt – und sich von der Polizeipräsenz nicht abschrecken lassen. Gestern folgte per Mail eine weitere Warnung, verschickt über einen österreichischen Anonymisierungsdienst:

„Aus Knüppel wird Hammer, aus Hammer wird Axt“, heißt es darin. Und weiter: „Flüchtlinge aus sicheren Drittstaaten sind keine Flüchtlinge.“ Der Schreiber erklärt, „das Urteil“ – gemeint ist offenbar der Angriff – sei „auf Bewährung“ gesprochen worden.

Die Polizei ermittelt seit Anfang Juli in Oersdorf. Bürgermeister **Joachim Keschull** (61,), Mitglied der Oersdorfer Wählerversammlung, informierte die Einwohner im August mit einem Brief: „In den Drohungen wird unterstellt, Amt, Gemeinde und insbesondere ich persön-

lich wollten den Bau einer ‚Asylantenunterkunft‘ beschließen.“ Und: „Mich persönlich machen diese aggressiven Drohungen außerordentlich betroffen und setzen mir zu.“ Aber es gebe eine große Solidarität

ters auf das Schärfste zu verurteilen, und er bleibt nicht nachvollziehbar.“ Eka von Kalben, Fraktionsvorsitzende der Grünen, sagte: „Der Angriff auf Joachim Keschull ist abscheulich. Falls der Angriff ei-

nen rechtsextremen Hintergrund haben sollte, wäre dies unerträglich.“

Patrick Breyer, Fraktionschef der Piraten, erklärte: „Kein politisch motivierter Täter sollte den Eindruck haben, für eine ‚schweigende Mehrheit‘ zu handeln oder mit seiner Tat auf Zustimmung zu stoßen.“ Der Deutsche Städte- und Gemeindebund forderte gestern ein konsequentes Vorgehen gegen Beschimpfungen, Bedrohungen und tätliche Angriffe gegenüber Kommunalpolitikern.

Die Polizei ermittelt derzeit in alle Richtungen. „Dieser Satz hat für uns eine große Bedeutung“, sagte Sprecher Oliver Pohl. Die Ermittler prüften alle in Frage kommenden Motive. „Diese können auch außerhalb möglicher fremdenfeindlicher Hintergründe liegen.“

ge

und den Willen in Oersdorf, sich davon nicht einschüchtern zu lassen.“

Jetzt die brutale Attacke. Warum gab es keinen Personenschutz für den Bürgermeister? Innenminister Stefan Studt (SPD) erklärte gestern: „Die Polizei hat nach Einschätzung der Lage entschieden, das Gemeindehaus zu schützen.“

„Wir alle sind in einer Schockstarre“, sagte Wilfried Mündlein, früherer Bürgermeister von Oersdorf. „Seit 30 Jahren wird die Gemeinde von einer Wählervereinigung gut regiert, deshalb verstehe ich den Zorn nicht.“ Peter Schröder, Landrat des Kreises Segeberg, verurteilte die Tat: „Dieser brutale Angriff ist unabhängig von der vermuteten Motivation des Tä-

POLITIKER IMMER WIEDER OPFER VON ANGRIFFEN

In Deutschland gab es mehrere Attentate und Angriffe. Mal wegen politischer Motive, mal waren die Täter seelisch gestört.

Oskar Lafontaine (SPD): Eine geistig verwirrte Frau greift den damaligen saarländischen Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten im April 1990 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Köln mit einem Messer an. Sie verletzt ihn lebensgefährlich.

Wolfgang Schäuble (CDU): Ein geistig verwirrter Mann schießt bei einer Wahlkampfveranstaltung im badischen Oppenau im Oktober 1990 auf den Bundesinnenminister. Schäuble bleibt querschnittsgelähmt.

Walter Momper (SPD): In Berlin schlagen Vermummte den Regierenden Bürgermeister im August 1991 mit einem Holzknüppel und sprühen ihm Reizgas ins Gesicht.

Joschka Fischer (Grüne): Auf einem grünen Sonderparteitag in Bielefeld wird der Außenminister im Mai 1999 mit einem Farbbeutel beworfen. Er erleidet einen Trommelfellriss.

Angelika Beer (damals Grüne): Ein Unbekannter greift die Parlamentarierin in Berlin im Juni 2000 mit einem Messer an und verletzt sie am Arm. Sie hatte zuvor Morddrohungen erhalten.

Hans-Christian Ströbele (Grüne): Zwei Tage vor der Bundestagswahl im September 2002 schlägt ein Rechtsextremist dem Bundestagsabgeordneten an einem Berliner Wahlstand mit einem Schlagstock auf den Kopf.

Roger Kusch (CDU): Eine geistig verwirrte Frau verletzt den Hamburger Justizsenator bei einem Wahlkampfauftritt im Februar 2004 mit einem Messer.

Henriette Reker (parteilos): Ein Rechtsradikaler rammt der Politikerin am 17. Oktober 2015, einen Tag vor ihrer Wahl zur Oberbürgermeisterin Kölns, ein Jagdmesser in den Hals. Reker überlebt nur knapp.

dpa